

Positionspapier zur aktuellen Situation: Was bedeuten die stark gestiegenen Lebenshaltungskosten für junge Menschen in stationären Angeboten der Hilfen zur Erziehung?

- Soziale Teilhabe sichern! -

Die aktuellen Krisen machen auch vor den stationären Einrichtungen der Hilfen zur Erziehung nicht halt. Die jungen Menschen machen sich große Sorgen aufgrund der steigenden Lebenshaltungskosten. Sie berichten von Einsparungen, Kostendruck und Zukunftsängsten in ihrem Alltag.

Wir, der Kinder- und Jugendhilfe Landesrat (KJLR), möchten mit diesem Papier auf die Situation in den Einrichtungen der Hilfen zur Erziehung aufmerksam machen.

Die Ausführungen in diesem Papier beruhen auf Erfahrungen und Informationen, die wir als KJLR in den vergangenen Monaten und Wochen in Gesprächen mit jungen Menschen und Fachkräften in den Einrichtungen und auf Veranstaltungen gewonnen haben.

Zur aktuellen Situation

Die Kostensätze in den Hilfen zur Erziehung sind knapp kalkuliert und sollen passgenau den Bedarf abdecken. Doch aufgrund der immensen Preissteigerungen in den verschiedenen Bereichen des täglichen Lebens stößt das System an seine Grenzen.

Durch die steigende Inflation und andere Einflüsse steigen die Preise für Nahrung ins Unermessliche. Die generell angespannte Situation in Bezug auf das Verpflegungsgeld wird dadurch noch weiter verschärft. Die Tagessätze sind im Vergleich zu den aktuell hohen Lebensmittelpreisen zu gering bemessen, was sowohl in den Wohngruppen als auch in Wohnformen des betreuten Einzelwohnens deutlich wird. Zudem gibt es große Unterschiede in den Kommunen, was die Höhe des Tagessatzes betrifft. So ist es möglich, dass in einem Landkreis ein Tagessatz von 5,75 € und in einem anderen von 6,50 € berechnet wird.

Diese Unterschiede können wir nicht nachvollziehen. Die von Kommune zu Kommune unterschiedlichen Kostensätze finden wir zum einen ungerecht, da so junge Menschen in bestimmten Regionen benachteiligt werden, und zum anderen zu niedrig.

Aktuell sind junge Menschen in stationären Einrichtungen der Hilfen zur Erziehung und insbesondere im betreuten Einzelwohnen in Nöten, weil sie nahezu ihr gesamtes Taschengeld zum Kauf von Nahrungsmitteln verwenden müssen, um über die Runden zu kommen.

Dafür ist das Taschengeld aber nicht gedacht, sondern soll für andere Dinge genutzt werden können.

Außerdem möchten wir darauf hinweisen, dass auch die Kosten für die Schulspeisung aus dem Verpflegungsgeld finanziert werden müssen. Einige junge Menschen berichten, dass sie daher an der Schulspeisung nicht teilnehmen können.

Auch die ohnehin niedrigen Kostensätze beim Bekleidungsgeld stagnieren. Allerdings steigen aktuell auch hier die Preise, wodurch die Belastungen der jungen Menschen weiter steigen. Da junge Menschen viel und schnell wachsen, benötigen sie öfter neue Kleidung. Gerade für junge Menschen, welche eine Wohngruppe neu beziehen, reicht das Geld für eine Erstausrüstung nicht aus. Das Geld für die Bekleidung ist leider nicht flexibel und für die individuellen Bedarfe und Interessen der einzelnen jungen Menschen verfügbar. Besonders kritisch wird die Situation zum Wechsel der Jahreszeiten, wenn größere Ausgaben für witterungsbedingte Kleidung nötig sind.

Zusätzliche Ausgaben wie z.B. Equipment für Sport sind in der Regel nicht im Bekleidungsgeld inbegriffen. Die fehlenden finanziellen Mittel für Sportequipment verhindern mitunter, dass bestimmte Sportarten betrieben werden können.

Auch im Bereich Kosmetik- und Hygieneartikel sind aktuell Preissteigerungen zu beobachten. Dies betrifft zum einen alltäglich notwendige Produkte, wie Mittel zur Monatshygiene, und zum anderen individuell präferierte Pflegeprodukte (wie z.B. individuell ausgewähltes Haargel). Wir wünschen uns, in diesem Bereich selbst auswählen und entscheiden zu können. Außerdem sind die finanziellen Mittel für den Friseurbesuch zu gering berechnet. Doch da zurzeit die Friseur-Betriebe ihre Preise erhöhen müssen, um die Betriebskosten zu finanzieren, wird häufig auch hier auf das Taschengeld zurückgegriffen.

Mit Verweis auf die steigenden Kosten für den Kfz-Unterhalt kommt es in einzelnen Einrichtungen (v.a. im ländlichen Raum) bereits zu Einschränkungen der Freizeitaktivitäten. Fahrten mit dem Dienstauto des Trägers werden auf das nötigste beschränkt (z.B. Hilfeplangespräche beim Jugendamt, Arztbesuch o.ä.) und Fahrten z.B. zum Fußballverein werden eingespart. Auch Treffen mit Freund*innen werden durch Preissteigerungen erschwert. Dies benachteiligt Kinder und Jugendliche in den stationären Angeboten der Hilfen zur Erziehung, weil ihnen so die sozialen Kontakte fehlen und dies zu Ausgrenzung führen kann. Dadurch sehen wir die soziale Teilhabe der jungen Menschen gefährdet.

Besonders die jungen Menschen, welche gerade in ihr eigenes Leben hineinwachsen und in ihren eigenen Wohnraum ziehen wollen, stehen oft vor dem Problem, dass aktuell die Lebenshaltungskosten viel zu hoch sind. Wir beobachten in unserem Umfeld, dass einige junge Menschen deswegen Zukunftsängste entwickeln und Angst vor dem Alleine-leben haben. Planungssicherheit ist nicht vorhanden, die Finanzierung im eigenen Wohnraum wird aufgrund der unklaren Energiepreissituation und der hohen Lebensmittelpreise als unsicher erlebt und das eigene Befinden als krisenhaft beschrieben.

In Gesprächen mit Fachkräften der freien Träger auf Veranstaltungen und in unseren Einrichtungen bekommen wir mit, dass die steigenden Energie- und Kraftstoffkosten für viele Träger ein hohes wirtschaftliches Risiko bedeuten. Die Träger sind in einer regelrechten Bredouille, weil sie versuchen, die gestiegenen Kosten von uns jungen Menschen fernzuhalten, damit am Ende nicht wir die Leidtragenden sind. Dennoch sind viele junge Menschen verunsichert, weil sie die schwierige Situation der Träger z.B. in Gesprächen mitbekommen.

Aus dieser aktuellen Situation ergeben sich für uns folgende Forderungen:

Wir fordern:

- ... dass, die Politik die jungen Menschen in den Hilfen zur Erziehung nicht wieder vergisst, wie es bei den Regelungen während der Coronakrise der Fall war!
- ... dass die Kostensätze an die aktuellen Preisentwicklungen angepasst und dynamisch gestaltet werden!

- ... dass die Kosten für die Schulspeisung in allen Kommunen vom Jugendamt übernommen werden!
- ... dass die Kinder und Jugendlichen in den Hilfen zur Erziehung nicht in ihren Freizeitmöglichkeiten eingeschränkt werden, da sie z.B. nicht mehr zum Fußballverein gefahren werden können oder Geld für notwendiges Equipment nicht zur Verfügung steht. Unsere gesellschaftliche Teilhabe muss abgesichert sein!
- ... dass die freien Träger bei den hohen Betriebs- und Kraftstoffkosten unterstützt werden.
- ... dass eine flexible und zeitnahe Umsetzung von Fördermöglichkeiten in den Hilfen zur Erziehung ermöglicht wird!
- ... dass die Verwaltungsverfahren dynamisch und flexibel an die aktuellen Bedürfnisse anpassbar sind. Dafür müssen auch Verantwortlichkeiten geklärt sein und Regelungen zügig auch auf kommunaler Ebene umgesetzt werden.

Warum fordern wir das?

Junge Menschen aus den stationären Einrichtungen der Hilfen zur Erziehung sind genauso Teil der Gesellschaft und gleichermaßen von den aktuellen Krisen betroffen wie andere Menschen. Jedoch werden junge Menschen aus den Hilfen zur Erziehung oft als Randgruppe gesehen und selten bei den Maßnahmen der Politik und Kommunen mitgedacht.

Das nicht mitgedacht werden, erschwert die Situation der jungen Menschen jedoch erheblich, da dadurch die schon bestehenden Rahmenbedingungen, welche generell auf das Minimum begrenzt sind, weiter belastet werden.

Es ist nicht fair, wenn ein junger Mensch aus dem Bereich der Hilfen zur Erziehung, welcher schon durch seine Lebenssituation belastet und durchaus im Alltag von Stigmatisierung betroffen ist, durch die aktuelle Situation noch weiter belastet wird. Viele junge Menschen aus dem Kontext Hilfen zur Erziehung haben keine familiäre Unterstützung in solch schweren Situationen, welche emotionalen Rückhalt bieten kann.

Gerade in Bezug auf finanzielle Mittel muss erwähnt werden, dass junge Menschen aus dem Kontext Hilfen zur Erziehung stark begrenzte Mittel haben, um am kulturellen und sozialen Geschehen teilzunehmen. Die soziale Teilhabe ist hier gefährdet!

Die jungen Menschen leben in öffentlicher Verantwortung und müssen u.a. finanziell abgesichert werden.

Bitte beachten Sie in Ihrem Handeln **alle** jungen Menschen unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen und deren Bedürfnissen!

Mit freundlichen Grüßen,

Der Kinder- und Jugendhilfe Landesrat

16.12.2022

